

## Der Ernst des Politischen — oder Vergebliche Mahnungen

Der Ernst des Politischen ist es, der mich immer wieder überwältigt und der mich veranlaßt hat, von den öffentlichen Angelegenheiten so, wie es geschehen soll, zu reden.“ Dieser Satz, der am Anfang eines Vortrags steht, den der Landrat des Kreises Waiblingen im September 1948 vor Bürgern seines Kreises gehalten hat, könnte als Motto über dem ganzen Leben und Wirken *Karl Georg Pfeleiderers* stehen. Er kennzeichnet den Eindruck, den er, der alles andere als sauertöpfisch war, bei denen hinterließ, die ihm im Gespräch begegneten: Hier war ein Mensch, der vom Ernst des Politischen immer wieder überwältigt, der vom Ernst des Politischen genötigt wurde, seine ganze Kraft in den Dienst an den öffentlichen Angelegenheiten zu stellen.

Karl Georg Pfeleiderer war ein leidenschaftlicher Patriot — ein Umstand, der vielen, die ihm nur flüchtig begegnet sind, dadurch entgangen sein mag, daß er zugleich ein leiser Mensch war, was wiederum etwas gänzlich anderes ist als ein Leisetreter. Es ist gut und sinnvoll, daß in der Sammlung seiner Reden und Aufsätze, die nun von einigen Freunden der Öffentlichkeit vorgelegt werden <sup>1)</sup>, auch die Ansprache enthalten ist, mit der Pfeleiderer 1952 seine Aufnahme als Ehrenritter in den Johanniter-Orden begründet hat, eine Ansprache über „Ritterschaft in der Gegenwart“. Diese Ansprache vermag denen, die Pfeleiderer im Leben nicht gekannt haben, am ehesten einen Eindruck von seinem Wesen zu vermitteln, das in einer lauten, ja lärmenden Zeit ganz leise und eben deswegen so wirkungsvoll war.

Freilich stockt man alsbald bei dem Wort „wirkungsvoll“; denn die eigentliche, die von ihm selber sehnlichst gewünschte Wirkung ist diesem bürgerlichen Edelmann aus Schwaben versagt geblieben. Darunter hat er unendlich gelitten — nicht um seinetwillen, sondern seines Volkes wegen —, daran ist er mit nur achtundfünfzig Jahren gestorben. Er genießt gleichwohl den einzigartigen Ruhm, daß allein nach seinem Namen ein Plan benannt worden ist, wie man die deutsche Politik aus ihrer nicht unverschuldeten Ausweglosigkeit herausführen könne. Der *Pfeleiderer-Plan* vom Jahr 1952 ist nach Ansicht vieler Leute inzwischen von den Ereignissen überholt worden. Sollte das richtig sein, so wäre das nur die Rechtfertigung der brennenden Sorge, aus der heraus der Abgeordnete Pfeleiderer damals die Bundesregierung vor der Unterzeichnung der Verträge gewarnt hat, welche die Bundesrepublik nahezu unlöslich in das westliche Verteidigungssystem eingegliedert haben — zunächst zwar nicht der von Pfeleiderer vor allem bekämpfte Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, dann aber doch die 1954 ersatzweise dafür in London geschaffenen und unterzeichneten Verträge.

Es erscheint jedoch höchst unüberlegt, ja leichtfertig, Pfeleiderers Gedanken von 1952 als völlig überholt anzusehen. Gewiß würde er selber sie heute nicht mehr in derselben Gestalt vortragen. Das immer neue Durchdenken politischer Situationen und ihrer Wandlungen betrachtete er als die wichtigste Aufgabe des Politikers überhaupt. So fern seiner Art alles Doktrinäre lag, so sicher ruhten die Fundamente, auf denen er seine vornehmlich außenpolitisch gerichteten Konzeptionen errichtete. Eines dieser Fundamente hat er in der letzten in diesem Band enthaltenen Rede vor dem Evangelischen Kirchentag 1956 erwähnt: „Im Verhältnis der Deutschen zum Osten ist das Vielfältigste und selbst das Widersprechendste möglich, nur eines unbedingt nicht: nämlich Gleichgültigkeit.“ Gerade diese Gleichgültigkeit, die ihren häufigsten Ausdruck in der Nachkriegszeit in einem alle tieferen Überlegungen ausschließenden, stupiden Antikommunismus findet, ist jedoch die unter den Westdeutschen verbreitetste Einstellung gegenüber dem Osten.

1) Karl Georg Pfeleiderer: Politik für Deutschland — Reden und Aufsätze 1948—1956. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1961. 220 S., 16,80 DM.

Der *Pfleiderer-Plan*, der hier nicht im einzelnen dargestellt werden soll (man lese ihn in Pfeiderers Denkschrift vom September 1952 nach), gründete sich auf Pfeiderers — in ihren Ursprüngen auf *Bismarck* zurückgehende — Überzeugung, daß Deutschland infolge seiner geographischen Mittellage dazu verpflichtet sei, eine Außenpolitik zu treiben, welche Rußland nicht vor den Kopf stößt, sondern seinen legitimen Interessen Rechnung trägt. Dabei stützt Pfeiderer seine Überlegungen selber viel weniger auf *Bismarck* als auf *Stresemann* und dessen Ausgestaltung des Berliner Vertrags vom Jahr 1926, worin Deutschland sich sogar gegenüber dem Völkerbund eine gewisse Handlungsfreiheit vorbehält, um sein Verhältnis zur Sowjetunion nicht zu belasten. Angewendet auf die Lage des geteilten Deutschlands bedeutete das nach Pfeiderer folgendes: „Wenn man von der Tatsache ausgeht, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands unter Ausdehnung der NATO, insbesondere unter Vormarsch der amerikanischen Streitkräfte an die Oder-Neiße-Linie, von der Sowjetunion ohne Krieg schlechterdings nicht zugestanden oder hingenommen werden würde, dann muß man unausweichlich zu dem Ergebnis gelangen, daß jede Art Verhandlung mit der Sowjetunion von der Frage auszugehen hat, welche politische und völkerrechtliche Stellung das neue Gesamtdeutschland im europäischen und atlantischen Staatensystem einzunehmen, insbesondere wie sein Verhältnis zur Sowjetunion, zu den anderen europäischen Staaten, zu NATO und EVG gestaltet werden soll. Alle anderen Fragen, einschließlich der gesamtdeutschen Wahlen und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, rücken damit in die zweite Linie.“ Seither ist nichts geschehen, was diese These erschüttert hat. Wohl aber hat das totale Scheitern der falsch verstandenen Politik der Stärke den Pfeiderer-Plan ex post als das einzige brauchbare Gesamtkonzept einer allenfalls Aussicht auf einen Erfolg bietenden deutschen Außenpolitik bestätigt.

Bestätigt hat die Geschichte der letzten sieben Jahre vor allem einige Sätze, die sich am Ende der erwähnten Denkschrift finden: „Eine Veränderung der Lage durch die Aufstellung deutscher Divisionen zu erzielen, ist bis auf weiteres fragwürdig. Die Aufstellung dauert lange; die Rüstungen in England und Frankreich sind eher rückläufig, und unsere Divisionen werden dann nur vielleicht die entstandenen Lücken ausfüllen müssen.“ Eben dies ist inzwischen eingetreten. Weiter: „Abgesehen davon ist aber militärische Stärke überhaupt noch keine Politik; sie ist ein Hilfsmittel der Politik; wenn nicht bekannt ist, welcher Politik sie dient, wirkt sie nur als Bedrohung und beschwört den Gedanken an eine unbedingte Kapitulation herauf. Militärische Stärke für sich allein führt beim Gegner nur zu einer Versteifung der Haltung und erzielt noch keine Bereitschaft zum Verhandeln.“

Von *Bismarck* kennt man das Wort vom Alptraum der Koalitionen, der den Alten im Sachsenwald in den letzten Jahren seines Lebens nicht mehr schlafen ließ. Von *Stresemann* wissen wir, daß ihm in seinem letzten Lebensjahr nicht nur die tödliche Krankheit, sondern mehr noch die Ahnung des heraufsteigenden Unheils die Ruhe raubte. Bei *Karl Georg Pfeiderer* finden wir 1952 den Satz: „Der militärische Weg führt ohne eine klare Ostpolitik in die Sackgasse oder in den Krieg.“ Bisher ist uns der Krieg erspart geblieben, aber um so gründlicher sitzt die deutsche Politik in einer Sackgasse fest, aus der einen Ausweg zu finden schwerlich diejenigen berufen sind, die dort hineinmarschiert sind, obwohl sie so frühzeitig einen Warner und Mahner in den eigenen Reihen hatten — *Pfeiderer* gehörte damals mit der ganzen FDP zur Regierungskoalition —, der auf Jahrzehnte praktischer Erfahrung als Diplomat zurückblicken konnte.

Der Entschluß *Pfeiderers*, im Herbst 1955 als deutscher Botschafter in Belgrad in die Diplomatie zurückzukehren, ist damals von vielen seiner Freunde und mindestens außenpolitischen Gesinnungsgenossen bedauert, von manchen nicht einmal verstanden worden. Der Entschluß war für diejenigen nicht leicht zu verstehen, die wußten, mit welcher Leidenschaft sich *Pfeiderer* zur politisch-parlamentarischen Verantwortung be-

kannte. Ein wenig davon klingt in seiner Ritterschaftsrede an: „Der Beamte hat seine Gewalt vom Amt, das ihm der Staat verleiht. Ein Dummkopf könnte befehlen, und ein Kluger müßte gehorchen, wenn jener über diesen gesetzt wäre. Der Abgeordnete aber, der Mann der Politik, hat seine Macht, wenn er einmal gewählt ist, nur von sich selbst. Ob das Haus, wenn er spricht, voll ist oder leer, hängt nur von ihm allein ab, von der Kraft seines Geistes, von der Stärke seines Ichs. Der Einfluß eines Abgeordneten wird täglich neu bewertet, er ist selten durch lange Zeiten gleich; er steigt und sinkt mit dem geheimnisvollen Atem, der die Wirkung unseres Geistes oder Willens emporhebt oder fallen läßt; es sind ihm aber auch keine Grenzen gesetzt; er kann die Geschehnisse der Welt bewegen, Stürme entfesseln und Wogen glätten oder auch umgekehrt nur flatternd und aufgeregt sein eigenes Nichts umkreisen.“

Solche Worte zeugen auf großartige Weise von dem Ernst und von der Leidenschaft, mit der Karl Georg Pfeleiderer sein politisches Mandat auslegte. In derselben Rede findet sich noch der Satz: „Fassungslos stehe ich oft vor der Jugend unseres Landes, daß sie den Ruf des Politischen nicht hört, daß sie ihre Kräfte verschleißt und ihre Jahre vertut, indem sie anderes sinnt und trachtet als dies.“ Auf diesen leidenschaftlich harten Anruf könnte wohl mancher junge Mann in der Bundesrepublik mit einem Hinweis auf das persönliche politische Schicksal Karl Georg Pfeleiderers antworten, der seine mit tiefem Ernst geliebte Pflicht als Abgeordneter des Bundestags 1955 im Stich ließ, weil er zu der begründeten Überzeugung gelangt war, daß für einen so selbständigen Geist wie ihn in diesem Parlament kein Raum zu fruchtbarem Wirken mehr war. Es bleibt einer späteren Geschichtsschreibung vorbehalten, festzustellen, welches Versäumnis der Bundeskanzler *Adenauer* damit begangen hat, daß er darauf verzichtet hat, aus den Reihen seiner politischen Anhänger den Mann beizeiten zum Bundesaußenminister zu machen, der nach Vorbildung, Ideenreichtum und sittlichem Verantwortungsgefühl mehr als irgendein anderer dazu befähigt war. Und nicht nur am Rande wird dann auch festzustellen sein, inwieweit das politische Schicksal eines Karl Georg Pfeleiderer die Gleichgültigkeit gefördert hat, mit der allzu viele junge Männer in der Bundesrepublik heute ihrer Verpflichtung zur politischen Mitarbeit gegenüberstehen.

Pfeleiderers Entschluß, nach Belgrad zu gehen, wurde in zweiter Linie allerdings auch von der Hoffnung bestimmt, auf diesem Posten mittelbar dazu beitragen zu können, daß die Blicke Bonns etwas stärker nach Osten und Südosten gerichtet würden, daß vielleicht eines Tages doch noch eine deutsche Ostpolitik zustande käme. Noch 1956 hat Pfeleiderer in einem Satz, der freilich viel bittere Resignation mitschwingen läßt, gesagt: „Vielleicht wird man eines Tages andere Wege auskundschaften müssen, um erste Schritte zu tun.“ Hinter diesem Satz steht bereits die Erbitterung über die *Hallstein-Doktrin* und alles, was an Abneigung gegen eine aktive deutsche Ostpolitik darin beschlossen liegt. Ein Jahr später, als Belgrad sich anschickte, diplomatische Beziehungen zu Pankow aufzunehmen, traf die Hallstein-Doktrin unmittelbar Pfeleiderer selber. Den formellen Abbruch der Beziehungen hat er nicht mehr erlebt. Am 8. Oktober 1957 ist Karl Georg Pfeleiderer, wie das Register am Ende des hier angezeigten Buches medizinisch korrekt verzeichnet, dem Tod durch Herzinfarkt erlegen. In weniger nüchterner Sprache, die aber der Wahrheit näherkommt, müßte man sagen, daß er an gebrochenem Herzen gestorben ist. Aus Verzweiflung darüber, daß Deutschland sich den Weg in eine heilsame Zukunft, wie er sie verstand, allen Mahnungen zum Trotz verbaute, hat das Herz dieses deutschen Patrioten aus Schwaben viel zu früh zu schlagen aufgehört.